

In Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postamtlicher Anfertigung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 5 M., einmonatlich 1 M., ohne Befehlgebühren werden von allen Preispostleistungen angenommen.

Hier die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

Verantwortungsbefreiung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc. Anschlag-Pr. 176.

# Landes-Zeitung.

achtundzwanzigster Jahrgang.

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von weiteren Anzeigen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Bekleben die Zeile 60 Pfg.

Erstlich wöchentlich großformatig, Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. (Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

## Das Unglück auf der „Brandenburg.“

Die Budgetkommission des Reichstages hat sich an zwei Tagen mit dem schweren Unglück beschäftigt, von dem die „Brandenburg“ betroffen worden ist. Einem der neuesten und größten Panzerschiffe der deutschen Marine ist von einer Katastrophe heimgesucht worden, wie sie in der Geschichte der Kriegsschiffe glücklicherweise selten sind. Die Umstände, unter denen eine ganze Reihe von tüchtigen Deutschen den Tode preisgegeben wurde, erregten so allgemeines Aufsehen in Deutschland und über dessen Grenzen hinaus, daß sich der antische „Reichsanzeiger“ zu einer öffentlichen Erklärung genötigt sah, die ihrerseits wieder Befremden hervorgerufen mußte. Denn wie konnte man an antischer Stelle erklären, derlei Unglücksfälle ereigneten sich überall gelegentlich, ohne daß man ihnen vorbeugen imlande sei? Wenigstens hätte man mit einer solchen Auffassung warten müssen, bis die amtliche Untersuchung beendet war. Doch jetzt ist man nicht soweit. Dennoch erkennt man bereits, daß es sich keineswegs um ein Unglück handelt, das lediglich durch höhere Gewalt hervorgerufen und durch menschliche Pflicht nicht abgemindert werden kann. Denn der Staatssekretär Hollmann hat zugeben müssen, daß bei der Konstruktion des Dampfpropellers ein schwerer Fehler gemacht ist, auf den das verhängnisvolle Ereignis zurückgeführt werden kann. In dem Dampfpropeller hatte die Sicherung gefehlt. Das ist erklärend. Erklärend aber noch ist, daß die Revisionsbeamten der Marine diesen Mangel nicht wahrgenommen und abgestellt haben. Wenn der Staatssekretär des Marineamtes erklärt, während des Baues habe die Verwaltung nur einen einzigen Baumeister zur Verfügung gehabt, der vier Kriegsschiffe überwachen mußte, also seiner Aufgabe nicht hinreichend nachkommen konnte, so begriff man die Sentenzen, die diese Erklärung in der Budgetkommission (man vergleiche den weiter unten folgenden Sitzungsbericht) machte.

Wen der Richter von der Kisten sprach man alsobald die Hebrerung an, daß dieser Vorgang beneide, wie man bisher die Marine viel zu schnell verurteilt habe. Aber man sollte meinen, auch wenn man mehr Schiffe baut, als durch die politischen und militärischen Verhältnisse geboten erscheint, so müßte eine Verwaltung auch die nötigen Beamten zur Verfügung haben, um den Bau zu überwachen und die Schiffe zu prüfen. Man kann sich da nicht damit entschuldigen, daß es an etwasmöglichen Stellen dieser Art gefehlt habe. Es wäre Sache der Marineverwaltung gewesen, solche Stellen zu fordern und ihre Notwendigkeit nachzuweisen. Und wie hätte es dem Reichstage bekommen sollen, eine solche Forderung zurückzuweisen, da doch von ihrer Genehmigung das Wohl und Wehe von tausenden deutscher Bundesbürger abhängt? Es wäre selbst der Verwaltung möglich gewesen, solche Beamte auch nur teilweise zu beschäftigen. Aufgehoben würden die technisch geschulten Männer, wie sie für diesen Zweck gebraucht wurden, sicherlich in Deutschland oder im Auslande werden. Man kann also nicht das Marineamt von jedem Anteil an dem traurigen Ereignis vollständig freisprechen. Der größere Theil der Schuld freilich scheint nach den jetzigen Verhandlungen auf den „Vulkan“ zu fallen. Gerade bei diesem Stapellauf der „Brandenburg“ rühmte der Kaiser lebhaft die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit des fittiner Establishments, das sich Ehren in aller Welt erworben habe. Allen heute findet man schwerlich dieses Volk vollkommen zureichend. Auf dem „Vulkan“ mußten in jedem Falle die nötigen Ingenieure und sonstigen Fachmänner vorhanden sein, um den Mangel der Sicherung an dem Dampfpropeller zu bemerken. Es ist schon unverständlich, wie bei der Konstruktion dieser Sicherung unterlassen werden konnte. Der Mangel ist jedenfalls so auffällig, daß selbst der Staatssekretär Hollmann ihn nur darauf zurückführen konnte, daß vielleicht der betreffende Beamte im Augenblicke nicht günstig zurechnungsfähig gewesen sei. Herr Hollmann nahm mit Recht in Anspruch, den „Vulkan“ hauptsächlich zu machen, falls sich in gerichtlichen Verfahren seine Schuld ergebe. Allen Anschein nach ist daran nicht mehr zu zweifeln. Ferner aber wird die Marineverwaltung jetzt mit doppelter Vorsicht die neuen Schiffe zu behandeln haben, die als „Schwefelstöße“ der „Brandenburg“ auf dem fittiner „Vulkan“ im Bau begriffen oder eben fertiggestellt sind. Auch wird man angelegentlich der jüngsten Erfahrungen vielleicht aufhören, jene Rücksicht auf das nationale Prinzip zu überweisen, die sich in dem Verlangen kundgab, immer und unter allen Umständen Befehlungen nur bei heimischen Fabriken zu machen und nur heimisches Material zu verwenden. Dort, wo die deutschen Establishments auf der Höhe der Leistungsfähigkeit stehen, ist diese Forderung gerechtfertigt, sobald die Kosten des Bezuges aus Deutschland nicht nennenswerth höher sind als die Kosten bei der Vergeltung der Lieferung an das Auslande. Es wird der Marineverwaltung nicht bekommen dürfen, Torpedobooten in England bauen zu lassen, während sie in Deutschland vorzüglich hergestellt werden können. D o aber der „Vulkan“ für den Bau großer Kriegsschiffe bereits jene Leistungsfähigkeit aufgewiesen hatte, um gleichzeitig die größten Befehlungen zu schneller Ausführung zu erhalten, das muß heute zweifelhaft erscheinen.

Eine erste öffentliche Mitteilung konnte man in der Kommission trotz allem erhalten. Sie war einigermassen aufgefunden, daß in Gemüthen der Hinterbliebenen der Opfer die öffentliche Mitleidigkeit angegriffen wurde. Nichts liegt näher, als daß in diesem Falle einerseits das Reich, andererseits aber der „Vulkan“ die Pflicht hat, die nötige Fürsorge zu treffen. Man soll Familien, die ein gutes Recht haben nicht auf die Gnade verlassen. Der Staubeamter, soweit hier überhaupt von Erbfah die Rede sein kann, zu fordern bezieht sich, der braucht nicht Oben anzunehmen, die in aller Welt gekannt sind. Diese Angehörigen sind nun so beschaffen, als es sich bei den Hinterbliebenen auf der „Brandenburg“ nicht um Hunderte oder Tausende, sondern um wenige Tugend Menschen handelt. Hier darf das Reich mündigste seine Zahlungsfähigkeit aufspreden. Es ist denn auch mit großer Befriedigung aufgenommen worden, daß der Reichssekretär sich bereit erklärte, mit dem Marineamt in Verbindung zu treten, um die Fürsorge für die Hinterbliebenen auf das Reich zu übernehmen.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Sonnabend die Debatte über die beiden Unglücksfälle auf der „Vaben“ und der „Brandenburg“ fortgesetzt. Die Entscheidung der Vermögensfragen, bemerkt Geheimrat Rath Herz; Auch die Marineverwaltung habe ein großes Interesse daran, daß für die Hinterbliebenen der Vermögensfragen nach Möglichkeit gesorgt werde. Leider seien die Gelege in dieser Beziehung etwas lückenhaft. Danach betrage die höchste Entschädigung 3415, die geringste 160 Mark. Der Dispositionsfonds sei fast ganz erschöpft, man müsse sich also an die Gnade Sr. Majestät wenden. Abg. Singer findet die Entschädigungen, besonders für die Witwen der unteren Weant, nicht zu gering. Bei den gewöhnlichen Summen seien die Hinterbliebenen auf die private Mitleidigkeit angewiesen. Der Artikel des „Reichsanzeiger“ ist so ungeschickt redigirt worden, daß er eine wahre Panik im Publikum hervorgerufen habe. Redner konstatirt nochmals, daß bei der Zeichnung der „Brandenburg“ das Sicherheitsventil gefehlt habe. Hiernach sei der „Vulkan“ auch zivilrechtlich verantwortlich zu machen; denn bei der Revision hätte es sich finden müssen, daß die Sicherung fehle. Staatssekretär v. Hollmann: Was er am Freitag gesagt habe, ist seine persönliche Ansicht gewesen. Erst die richterliche Untersuchung, die eingeleitet ist, könne die nötige Aufklärung geben. Wenn aus den Akten erhelle, daß der „Vulkan“ irgend welche Schuld treffe, so werde die zivilrechtliche Verfolgung gegen denselben bestimmt erfolgen. Es dürfe keine Schranken bestehen; es müsse nicht in die Sache kommen. Wenn die Angelegenheit erst geklärt sei, dann sei keine Schonung mehr am Plage. Wer etwa zwei Jahren sei die Maschine montirt worden, zu derselben Zeit sei das Schiff „Weißenburg“ der Aufbaumast, „Hohentoller“ und noch ein anderer vom „Vulkan“ erbaut worden. Zur Kontrolle habe aber nur ein Baumeister zur Verfügung gestanden. Die Leistungsfähigkeit des „Vulkan“ habe man gekannt und ihn daher gern den Bau der Schiffe übertragen. Abg. Richter erklärte darauf: Die heutigen Erklärungen des Staatssekretärs haben hauptsächlich den Vorwurf gegen die Centralverwaltung der Marine in Berlin erhoben, denn nun sei der „Vulkan“ nicht mehr der allein Schuldige; man habe von einem einzelnen Beamten mehr Arbeit verlangt, als er zu leisten imlande sei. Abg. v. Waisow (bl.) bricht namens seiner politischen Freunde das Bedauern über die Erklärungen des Staatssekretärs aus. Er könne nicht sagen, was eigentlich die Vernehmung der Kontrollbeamten, Abg. Müller (Sagan) hinter die Verwaltung, alles aufzuweisen, damit eine anständige Vernehmung der Hinterbliebenen stattfinde. Der Staat müsse als Arbeitgeber ein gutes Beispiel geben. Der Reichstag würde in diesem Falle gerne Mittel bewilligen. Abg. Richter: Es müsse die höhere Nothe der Entschädigung bewilligt werden. Der Pensionssatz könne nur eine Vernehmung erfahren durch einen Antrag bei der dritten Lesung, da die zweite Lesung im Reichstage bereits vorüber sei. Geheimrat Rath Herz: Für die Hinterbliebenen der Vermögensfragen stehen bis jetzt 12,215 M. zur Verfügung. Abg. Frinz Arenberg (Chr.) beklagt, daß eine besondere Art des Unglücks vorliege; deshalb sei auch eine Veränderung der Gesetzgebung bei diesem Anlasse nicht erforderlich. Staatssekretär Graf Posadowski: Ich lasse die Fragen nicht zu verwerfen. Man möge den Dispositionsfonds etwas erhöhen, damit in solchen Fällen mehr Mittel verfügbar wären. Abg. Singer kritisiert die geringe Unterstützung. Die Hinterbliebenen müßten genügend versorgt werden, so wollte es der Reichstag; das deutsche Volk. Staatssekretär Graf Posadowski: Das Reichssekretariat würde sich deshalb mit dem Marineamt in Verbindung setzen, um die erforderliche Summe festzusetzen. Diese Erklärung wird von der Kommission mit großer Genehmigung aufgenommen.

Boettcher, v. Marschall, v. Romberg, Tschelmann u. a., ihre Reden begonnen. Eine lange Debatte entspann sich über Artikel 1, welcher den beiderseitigen Angehörigen die Niederlassung und den Geschäftsbetrieb in den gegenseitigen Gebieten mit den gleichen Rechten der Einländer ausüben. Es kam dabei zu einer ausgedehnten Debatte über die Möglichkeit einer massenhaften Einwanderung russischer Juden. Der Artikel wurde, wie wir bereits in unserer Sonntagsnummer mittheilen konnten, mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen. Auch Artikel 2, der von den Erwerbserfordernissen der beiderseitigen Staatsangehörigen handelt, rief eine längere Erörterung hervor, wurde aber angenommen, ebenso eine Anzahl weiterer Artikel des Vertrages und des Schlussprotokolls. Die heutige Verhandlung hat ergeben, daß eine Mehrheit für den Handelsvertrag in der Kommission vorhanden ist. Derselbe stellte sich bei der Abwesenheit einiger Mitglieder durchgehends auf 18 gegen 9 heraus, was allerdings für die Gesamtentscheidung noch nicht hinreichend ist. Man beachtet jetzt die Zusammensetzung der Kommission dahin, daß 1 von der Reichspartei, 3 Nationalliberale, 3 freiwirtschaftl., 3 Sozialdemokraten, 1 Pole, 3 Centrumsmänner, außerdem 14 entsehdene Fremde, 5 Konservalve, 2 von der Reichspartei, 1 Antifittiner, 3 Centrumsmänner, zusammen 11, Gegner des Vertrages sind. Die stötheliche Stellungnahme dreier Mitglieder, des nationalliberalen Abg. Schulze-Denke und der Centrumsgenossen v. Heereman und Weidenfeld (Pless) ist noch nicht sicher entschieden; die selben letzteren haben gegen den rumanischen Vertrag gestimmt. Wertheimswert ist auch, daß sowohl der Vorsitzende (Dr. Hammer) als ein Stellvertreter (v. Stamm), ebenso wie der delegirte Berichterstatter (Wöller) entsehdene Vertragsfreunde sind. Am Montag findet die Verhandlung des viernachgelassenen Artikel 19 über die Grenzschutzzölle statt. Die Kommission hofft spätestens bis Donnerstag mit ihrem Arbeiten fertig zu werden. Ein schriftlicher Bericht wird nicht ertheilt werden, so daß die zweite Verhandlung im Merum noch auf Lösung nächster Woche beschränkt kann. Abgeschlossen am nächsten Donnerstag, jedenfalls noch vor Beginn der zweiten Verhandlung des Handelsvertrages, soll auch die Aufhebung des Identitätsnachweises auf die Tagesordnung kommen.

## Deutsches Reich.

Sof- und Veronaausdröhten. Berlin, 4. März. Heute Vormittag begab sich das Kaiserpaar nach der Interims-Residenz und wohnte daselbst dem Gottesdienste bei. Am Abend besuchten der Kaiser und die Kaiserin das Neue Theater, wofür eine Vorstellung zu einem wünschenswerthen Zweck stattfand. Für den Aufenthalt bei kaiserlichen Familie in Abbsola sind mehrere die Wohnungsbaukosten besetzt: die Villa Amalia, welche neumannswohnig mit höchsten Comfort und großer Gartenanlage ausgestattet ist, enthält ein für das Kaiserpaar bestimmtes, das Erdgeschoss für den Kaiser, die erste Etage für die Kaiserin. In der unmittelbaren Nähe der Villa Amalia liegende Villa Angolana werden die kaiserlichen Kinder mit dem Prinzen, Grafen und der Prinzessin wohnen. Für jedes Derrn des Hofes ist die am Ort gelegene Villa Spremer reservirt. Der Gesandte ist die am Ort gelegene Villa Spremer reservirt. Die Villa Amalia und Angolana umgebende Park, die vornehmliche Promenade des Kurortes, wird für die Dauer des Aufenthaltes des Kaiserpaars für das Publikum gesperrt.

## Der deutsch-russische Handelsvertrag in der Kommission.

Berlin, 4. März. Die Reichstagskommission für den russischen Handelsvertrag hat heute in Anwesenheit der hervorragenden Vertreter der Regierung, der Herren von

Boettcher, v. Marschall, v. Romberg, Tschelmann u. a., ihre Reden begonnen. Eine lange Debatte entspann sich über Artikel 1, welcher den beiderseitigen Angehörigen die Niederlassung und den Geschäftsbetrieb in den gegenseitigen Gebieten mit den gleichen Rechten der Einländer ausüben. Es kam dabei zu einer ausgedehnten Debatte über die Möglichkeit einer massenhaften Einwanderung russischer Juden. Der Artikel wurde, wie wir bereits in unserer Sonntagsnummer mittheilen konnten, mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen. Auch Artikel 2, der von den Erwerbserfordernissen der beiderseitigen Staatsangehörigen handelt, rief eine längere Erörterung hervor, wurde aber angenommen, ebenso eine Anzahl weiterer Artikel des Vertrages und des Schlussprotokolls.

Die heutige Verhandlung hat ergeben, daß eine Mehrheit für den Handelsvertrag in der Kommission vorhanden ist. Derselbe stellte sich bei der Abwesenheit einiger Mitglieder durchgehends auf 18 gegen 9 heraus, was allerdings für die Gesamtentscheidung noch nicht hinreichend ist. Man beachtet jetzt die Zusammensetzung der Kommission dahin, daß 1 von der Reichspartei, 3 Nationalliberale, 3 freiwirtschaftl., 3 Sozialdemokraten, 1 Pole, 3 Centrumsmänner, außerdem 14 entsehdene Fremde, 5 Konservalve, 2 von der Reichspartei, 1 Antifittiner, 3 Centrumsmänner, zusammen 11, Gegner des Vertrages sind. Die stötheliche Stellungnahme dreier Mitglieder, des nationalliberalen Abg. Schulze-Denke und der Centrumsgenossen v. Heereman und Weidenfeld (Pless) ist noch nicht sicher entschieden; die selben letzteren haben gegen den rumanischen Vertrag gestimmt. Wertheimswert ist auch, daß sowohl der Vorsitzende (Dr. Hammer) als ein Stellvertreter (v. Stamm), ebenso wie der delegirte Berichterstatter (Wöller) entsehdene Vertragsfreunde sind. Am Montag findet die Verhandlung des viernachgelassenen Artikel 19 über die Grenzschutzzölle statt. Die Kommission hofft spätestens bis Donnerstag mit ihrem Arbeiten fertig zu werden. Ein schriftlicher Bericht wird nicht ertheilt werden, so daß die zweite Verhandlung im Merum noch auf Lösung nächster Woche beschränkt kann. Abgeschlossen am nächsten Donnerstag, jedenfalls noch vor Beginn der zweiten Verhandlung des Handelsvertrages, soll auch die Aufhebung des Identitätsnachweises auf die Tagesordnung kommen.

## Die Konventionen und der russische Handelsvertrag.

Wir haben es seit einigen Tagen unterlassen, von den Kundgebungen für den Handelsvertrag noch Platz zu nehmen, einmal weil diese Kundgebungen sich so sehr häufen, und fobann, weil es in der That nicht mehr möglich ist, immer neue Beweise für die Einmüthigkeit, mit welcher der Vertrag von der germanischen Industrie freudig begrüßt wird, beizubringen. Jetzt kommen aus aber Kundgebungen für den Vertrag aus jenem Lager, das bisher dem Vertrage feindsichtig war, und das ist doch so interessant, als daß wir daran stillschweigend vorbeigehen könnten. Wir erwähnen schon mehrfach die Vorabemegung in Königsberg, in welcher Graf Dönhoff seinen Uebertritt zu dem Handelsvertrage vollzog. Es verlohnt sich, über die Ausführungen des Grafen noch etwas Näheres mitzutheilen:

Graf Dönhoff wies u. a. nach, wie er in den letzten Monaten zu einer weitestlich anderen Auffassung über den Vertrag gekommen sei, da er eben anders ausgefallen wäre, als man ihn im vorigen Sommer allgemein sich vorgestellt hätte. Darnach meinte man, es würde lediglich eine kleine Fiktion werden, um einige fremde Abtheilung auf diese oder jene Nummer Garn, auf diese oder jene Seite anzuweisen, ohne jede politische Wichtigkeit oder Verheißung und somit für das Land nur nachtheilig wegen der Vermehrung der Getreidepreise. Was aber jetzt nach drei Vierteljahrern und einiger diplomatischer Arbeit völlig gewandelter politischer Gesinnung im Inn und Auslande vor uns liegt, das ist ganz etwas anderes, das gibt nicht nur unserer Industrie dreimal so viel, als sich erwarten ließ, das hat auch die Füge, die Propagation eines billigeren Getreides anzunehmen, weil es den Ausblick in eine politische Zukunft eröffnet, die weit überschreitet die von der unsere Kriegszurechtstellung nach zwei Monaten gebietenden politischen Gegenwart. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre Redner dafür, daß die foberrvalve und agrarische Partei am besten wäre, unter Anerkennung der Verhältnisse sich der Zustimmung zu enthalten, weil sie dem Kaiser einen Dienst erweisen würde, und weil sie die vom Kaiserlichen Willkür ererbte und auch heute noch einzig für richtig gebaltene Zollbindungsbesonderheit der Landwirthschaft mit der Industrie aufrecht erhalten und weil sie eine ungebrochene Harmonie zeigen würde. Es ist mir sehr lieb, wenn für den Reichsreich die Unannehmlichkeit einer Vermehrung entfallen sollte, aber wenn nicht Ihre Majorität meine Darlegungen entgegennehmen zu billigen in der Lage ist, wenn sie nicht beschließen sollte, mich freie Hand zu lassen, so würde ich bereit sein, mein Reichsmandat vor der Zustimmung in Ihre Hände zu legen.

Und mich gefascht etwas sehr Interessantes. In der Debatte sprachen sich, nach der „N. Z.“, neben anderen konservativen Führern, die beiden Vorsitzenden der Kreisvereine des Bundes der Landwirthe, Magnus-Dolstein und Reschmann für den Handelsvertrag resp. für Freizheit der Aktion aus. Die von der Verammlung angenommene Resolution lautet:

„Wir vertreten, daß unser Abgeordneter Herr Graf Dönhoff bei der Zustimmung im Reichstage über den deutsch-russischen Handelsvertrag den seit dem Sommer 1893 wiederholten Beschlußfassen Rechnung tragen werde.“

Eine zweite bemerkenswerthe Kundgebung zu Gunsten des Handelsvertrages hat in Pringslaß (Wahlkreis Neubrandenburg) seitens einer größeren Zahl von landlichen Zeugnissen der Danziger Zeitung stattgefunden. Nach einer längeren Debatte, in welcher die Gegner des Vertrages die ihnen nachgewiesenen, eine ersprechende Unterweisung

der entscheidenden Verhältnisse an den Tag legen, wurde, der „Dau. Bl.“ zufolge, folgende Resolution angenommen:

„Die am 1. März in Brinnaf gefassten Beschlüsse sind der Überzeugung, daß der russische Handelsvertrag der Handelspolitik nicht schadet, wohl aber an die Industrie und den Handel russischer Länder und namentlich unserer höchsten Interessen lebend und damit auch fördernd auf die deutsche Handelspolitik wirken wird; wir erwarten deshalb, daß der Abschluß des Vertrages zum Nutzen werde und bitten unsere Reichstagsabgeordneten, Herrn Ministerpräsidenten, Herrn v. Bismarck (Reichs) mit allen Kräften für das Zustandekommen des Vertrages einzutreten zu wollen.“

Seine beiden Abänderungen scheinen uns Symptome dafür zu sein, daß auch bei der Konfirmation und den ganz strengen Agrarern sich in der Auffassung über den Handelsvertrag ein völliger Umschwung einzustellen beginnt.

Als ein Zeichen des Umschwungs dürfen wir es ferner begrüßen, daß zwei konservative Abgeordnete sich für den Handelsvertrag erklärt haben. Vordem Reichspräsident Günther in Nürnberg, Vertreter des Wahlkreises Bamberg-Weißensee, hat im Reichstage, hatte vor seiner Wahl seine Geneigtheit ausgesprochen, gegen die Handelsverträge sich zu erklären. Dies ist angeschlossen bei dem rannischen Vertrage. Gegenwärtig jedoch hat der Abgeordnete mitgeteilt, daß er sein Mandat niederlegen werde, falls die Wahlverträge nicht dann einverstanden seien, daß er für den russischen Vertrag stimme, da dies jetzt nach erlangter Kenntnis der Vertragsbestimmungen als gebietende Pflicht erscheine. Die konservativen und agrarischen Blätter vorläufig haben erklärt, daß der Abgeordnete unannehmbar lediglich nach seiner Überzeugung stimmen möge, also für den russischen Vertrag. Sodann erklärte sich auch der Abgeordnete Baumhach (H.) in Alenburg für den Handelsvertrag, falls die Einzelheiten und der Identitätsnachweis für Betriebe aufgehoben werden. Sonst werde er gegen den Vertrag stimmen. Er betonte, daß seine Wahl mit Hilfe des Bundes der Landwirte zustande gekommen sei.

### Der entfaltete Miquel.

Die Mitteilung, daß „Hoff. Bl.“ über das Gespräch, das beim Festmahle des Brandenburgischen Provinzialparlamentes Herr Miquel mit Herrn v. Levego gehabt haben in dem Sinne, daß der Finanzminister nach dem „Hoff.“ drallich geküßert haben sollte, die Konfirmationen wären Eitel, wenn sie für den russischen Handelsvertrag stimmten, wiewohl, hat die „Nord. Allg. Bl.“ veranlaßt, sich beim Präsidenten des Reichstages nach dem wirtlichen Inhalte dieses Gesprächs zu erkundigen. Herr v. Levego hat nun bekräftigt, daß er sich mit Herrn D. Miquel allerdings über den russischen Handelsvertrag unterhalten habe, wobei der Herr Finanzminister die Notwendigkeit der Annahme des letzteren mit Entschiedenheit betont hätte. Darauf habe Herr v. Levego erwidert, die konservative Partei könne den Standpunkt, den sie eingenommen habe, nicht wohl aufgeben, die dafür entwickelten Gründe habe Herr Miquel in bezeichnender Weise erklärt. Daraus habe sich das zwischen beiden Herren über den Handelsvertrag geführte Gespräch abhört bekräftigt; die wirtlichen in den Zeitungen berichteten Äußerungen seien nicht gefallen. Damit wird diese Angelegenheit nunmehr hoffentlich aus der Welt geschafft sein.

### Zur Frage der Staffellarie.

Am Sonntage ist zu Berlin der Ausschuss des Bundesvereins bapnrat'sch zusammengetreten, um über die Frage der Staffellarie zu beraten. Am 6. d. tritt dann das Plenum des Eisenbahnraths zusammen. Hier gilt eine aussehnliche Mehrheit für die Aufhebung dieser Taxe gebietet. Am nächsten Mittwoch über, falls der Bundesvereinsrat sich damit mit seiner Beratung nicht noch ganz fertig sein sollte, an einem der folgenden Tage kommt die Angelegenheit bestimmt im Abgeordnetensank zur Verhandlung.

### Verschiedene Mitteilungen.

• Mit den Beratungen des Ausschusses zur Untersuchung der Verhältnisse der am meisten von Bodenkaffe getrieben gehaltenen Eisenbahnen wird voraussichtlich eine Besichtigung der wichtigsten in Betracht kommenden Stationen verbunden. Es liegt namentlich in der Absicht, mit der Besichtigung der Eisenbahnen, und zwar soll bei der vierten im Mai oder Juni in Aussicht genommenen Zugung die Besichtigung der Eisenbahn der sächsischen Grenze bis Wittenberg verbunden werden, wiewohl diese Besichtigung in Verbindung mit einer weiteren Zugung bis nach Somburg fortgesetzt werden.

• Im „Wand der Landwirtschaft“ seien wir folgendes an die Herren Vertretersmänner gelehrt worden: „Aus verschiedenen Provinzen gehen und noch jetzt vereinzelt die Abänderungen von Mitgliedern an, ohne daß gleichzeitig der Antrag für das Landtags-Parlament von Berlin herabgeleitet wird. Das diesen Herren in der bereits abgelaufenen Zeit des Jahres unsere Stellung gleich allen anderen Mitgliedern geliebt werden soll, zu erlauben wir uns die Herren Vertretersmänner auf 5 weitere Sitzungen zu verweisen, nach welchen die ausstehenden Mitglieder verpflichtet sind, den Antrag für das laufende Kalenderjahr nach ihres Anstaltens voll zu begeben.“

• Auf Befehlung des Auswärtigen Amtes hat eine Flotilla in Berlin in jüngster Zeit fünf Dampfboote angefertigt; dieselben sind zur Sicherung der Schiffahrt an der Haffenschanze in Räfte beheim. Diese Dampfboote werden für intensives Licht bis auf drei deutsche Meilen in das West-Flaund.

### Deutscher Reichstag.

(Schluß aus der Sonntags-Ausgabe.)

Reichsminister v. Bismarck: Der Vordem (Vest) hat einen Abänderung gegenüber, der sich hier nicht veröffentlichen lassen, den Reichstag hat sich über die Angelegenheit der preussischen General (Kirchhoff) in solcher Form, gegen einen Erhöhung worden und wird auch nie wieder erhoben werden. (Zustimmung rechts.) Der Abg. Webel ist über den Fall Kirchhoff nicht genau orientiert, er liegt folgendermaßen: Mehrere höhere Offiziere hätten sich beleidigt durch einen Artikel, der im Berliner Tageblatt am 11. Februar 1892 stand, und der sie in ihrer Familienehre angegriffen. Darunter war auch der General Kirchhoff. Am 10. Oktober vorigen Jahres erst wurde dem General das Erkenntnis mitgeteilt, und in diesem Erkenntnis stand wunderbarerweise, daß der Artikel nicht von dem General Kirchhoff, sondern von einem nicht zu ihnen unbekanntem — ich will den Überbegriff erst erklären, daß die in der Erklärung gegen seine Person gerichtet war. Das zweite war, daß in der öffentlichen Verhandlung der Redakteur Dario erklärt hat, den Beweis der Wahrheit anzunehmen, und unbegreiflicherweise lehnte das Gericht die Beweisführung ab. Deswegen 10 Mrk. Schadens, daß seine Tochter, sein einziges Kind, öffentlich beschimpft

sei. Er geht zu einem befremdeten Nichtsamt und fragt, was er thun könne; der antwortet nicht, es steht kein Rechtsmittel zu. Der General wird in die Luft, es Gewerkschaft gebracht, er ist auch kessig empört, er geht in einen Woffenladen, kauft einen Revolver und bezieht sich zum Redakteur Dario. Er fragt ihn, ob der Redakteur sich bereit erklärt, den Beweis der Wahrheit für die seiner Tochter zugelegte Beleidigung zu erbringen. Das lehnt Dario ab und meint dabei, er erziehe sich der Sache nicht. Der Reichstagsabg. wurde es dem General erklärt. General Kirchhoff antwortete: Das sind Ausfälle, denn Sie müssen es wissen, Es haben in Ihren Rechtsbehalt unterschrieben. Ich erkläre mir nun, daß Sie ein ganz neuer Eigner sind. (Lurige links, Zustimmung rechts.) Wenn Ihnen (links) Ihre Frau öffentlich beleidigt wird, dann trage ich auch Ihnen das zu, Sie schlagen den Menschen nieder, und dazu haben Sie ein Recht. (Lurige links.) Der General beand, sich in einem Zustande der Schwermut, denn auf der Welt war niemand ihm zu helfen bereit. Mit einer von Ihnen, der eine Tochter hat und nicht bereit ist, sein Verlebes für ihre Ehre hinzugeben? In einer von Ihnen, der imhände wäre, vor seine Tochter hinzutreten und zu sagen: Ich habe nicht die Mittel und den Mut, um deiner Ehre zu helfen? Wenn man einem tollen Dunde begehrt, so schlägt man nicht. Ich will zu den Redakteur Dario hiermit nicht in Vergleich stellen, und wenn jemand einen Menschen geißelt hat, so muß er bestraft werden. Der General Kirchhoff ist ein alter Offizier, der sich brav mit dem Felde geschlagen hat und verunmüdet worden ist. Wenn der in seinen Lebensjahre gegangen wäre, zum Reuener zu greifen für die Ehre seiner Tochter, das ist doch kein Mauthaus und kein Wörder. Dann sage ich: es ist doch nicht richtig im Staats, entweder die Freiheit zu verkaufen oder bezüglich des Rechts. Solche Beleidigungen sühnt man doch nicht ab wie ein Wöbel. Ich betrachte meinen Kameraden hier. Einen solchen Mann bestrafte man mit der Hand und vor allem für den Fall, wo es sich um die Ehre einer deutschen Jungfrau handelt. (Vehäfter Beifall rechts.)

Sächsischer Kriegsminister v. d. Planitz erklärt zu dem Fall Gumbauer, daß dieser Mann in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ausgesprochen habe, er hätte unter den schwersten Verhältnissen sich bei seiner Lebung als Unteroffizier der Kavallerie demüthigt, den Sozialismus unter den Leuten zu verbreiten, die die Bonaparte tragen. Deshalb sei er gefänglich eingezogen. Gumbauer sei sofort entlassen, als festgestellt worden, daß er gegen sich selbst ungewisse Angaben gemacht habe.

Die Beratung wird nunmehr verlag. Persönlich benehlt Bismarck (stref. Sp.): Ich weiß den Vorwand der Unberechtigung nicht, meine persönliche Ehre steht mir so hoch wie die des Kameraden des Kriegsministers. Ich bin so stolz, wenn der Kriegsminister dem Abg. Webel vorwirft, er verleihe nicht, sondern die Ehre, wenn er nur aber sagt, ich verleihe dem Redakteur nichts, so sage ich ihm mit derselben konstanten Bedeutung, die dem Kriegsminister elan ist, das hätte ich ihm gegenüber nicht gethan. (Beifall.)

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr (Mittleretel).

Schluß 6 1/2 Uhr.

### Ausland.

**Frankreich.** In der Deputirtenkammer kam es am Sonntage zu zwei launvollen Verhandlungen. Zunächst begründete Pelletan seinen Antrag, in welchem er den jetzigen Präsidenten der Kammer, Dupuy, anfordert, die 8000 frs. Subvention zurückzugeben, welcher er zur Zeit, als er Minister des Innern war, an Ducret, den Redakteur der „Gacarde“, nach seiner Verurteilung in der Dornau-Angelegenheit gegeben habe. Der Redner tabelte den Gebrauch, welcher von den gegangenen Fonds gemacht wurde, die dazu gehört zu haben können, die Unter Ducret's zu gehen. (Wärm.) Dupuy fordert die Kammer auf, den Antrag zurück zu ziehen. Pelletan verlangt die Dringlichkeit für seinen Antrag. Die Dringlichkeit wurde mit 286 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Paschal Groussier brachte im Namen der Sozialisten eine Resolution ein, in welcher Dupuy aufgefordert wird, seine Entlassung zu nehmen. (Vehäfter Protest.) Hieran wurde die Vorfrage verlangt, welche unter großem Lärm mit 348 gegen 63 Stimmen beschloffen wurde. Damit war dieser Anschlag vereitelt.

Dann spielte sich eine Art Kulturkampf-Debatte ab. Der Deputirte Cochin richtete eine Interpellation an die Regierung über das Verbot der Anstellung kirchlicher Lehrlinge in St. Denis. Der Unterrichtsminister Spuller verweigerte die Möglichkeit der Anstellung der Municipalität, findet sie aber unzulässig. Die Regierung solle tolerant sein, die ihre nicht in der gegenwärtigen Stunde eine Politik der Auslieferung treiben. (Beifall, lärmende Unterbrechungen.) Der Ministerpräsident Calimur Perrier erklärte, es wäre unwillkürlich, eine energische, heimatliche Politik hinsichtlich der Katholiken zu führen. Die weltliche Autorität sei hierdurch aus dem Kampfe gegen die religiöse Autorität hervorgegangen. Die Regierung werde den Rechten des Staates Achtung zu verschaffen wissen, aber sie werde bemüht sein, die Ursachen des Zwiespatts zu beseitigen. (Vehäfter Beifall.) Die Regierung bedürfe mehr als je einer starken Majorität, die ihr die Kraft gebe, mit Autorität zu sprechen, wenn sie überhaupt der Kammer stimme. Die Kammer nahm schließlich mit 302 gegen 119 Stimmen eine von Calimur Perrier acceptirte Lageordnung an, in welcher das Vertrauen ausgesprochen wird, daß die Regierung die republikanischen Grundsätze aufrecht erhalten und die Rechte des Kaiserthums verteidigen werde. Die Sitzung wurde hierauf aufgeschoben.

**Bulgarien.** Wie verlautet, hat die Pforte in der letzten Sitzung der Delegirten der Abtretung der Eisenbahnlinie Plovdiv-Sarajewo an Bulgarien zugestimmt. Es steht somit fest, daß die Entscheidungssache zwischen Bulgarien und der Betriebsdirektion der orientalischen Eisenbahngesellschaft zu regeln.

**Norwegen.** Der König hat die Demission des Ministers des Innern, Torne, angenommen und nach Nachfolger den ehemaligen Minister Birch-Neigewald ernannt.

**Brafilien.** Eine Neuwahl des Präsidenten hat auch in Brasilien stattgefunden. Die Wahlen sind in der größten Ruhe verlaufen. Mit großer Majorität sind Prudente de Moraes zum Präsidenten und Manoel Victorino Pereira zum Vicepräsidenten der Republik gewählt worden. Prudente de Moraes, zuletzt Vicepräsident des Senats, steht schon seit Begründung der Republik auf der Liste der Kandidaten für die Präsidentschaft. Bei der ersten und einzigen Wahl, die bisher stattgefunden hat — Floriano Peizoto machte sich als Vicepräsident selbst und gegen die Verfassung zum Präsidenten — blieb Moraes mit 97 Stimmen in der Winderbeit gegen seinen militärischen Mitbewerber Deodoro da Fonseca, der 124 Stimmen erhielt. Prudente Moraes bekannte sich bereits unter dem Kaiserthum zur Republik. Moraes gilt von jeher als Kandidat der bürgerlichen Elemente im Gegensatz zu den vom Militär auf den Schild gehaltenen Präsidenten

Fonseca und Peizoto. Früher ist ihm auch die Marine geneigt gewesen, weil er neben Silveira Martins für den einzigen Wähler galt, der die Kraft und die Gesundheit besaß, den Wahren Einfluß zu thun und das Staatsrecht wieder zu regeln. Dabon zu thun. Mit ihm können daher auch Admiral Melio und Saldaña da Gama einen Vergleich schließen. Der zum Vicepräsidenten gewählte Victorio Pereira ist Vertreter von Bahia und überlegter Republikaner. Durch die Wahl ist wenigstens die Möglichkeit gegeben, den Bürgerkrieg zu beenden.

**Argentinien.** Am 1. d. sollte die Präsidentschaftswahl stattfinden. Es kam aber, wie wir bereits mittheilten, zunächst für keinen der Kandidaten eine absolute Majorität zustande. Schließlich wurde Dr. Estarri mit knapper Majorität gewählt, lehnte aber ab. Da auch am Sonntag die beschließige Anzahl von Mitgliedern für die Präsidentschaft nicht vorhanden war, so wurde die Wahl am Montag vertagt. In der Bevölkerung herrscht Lurige; gerüchweise verlautet, der Präsident des Senats, Stewart, würde provisorisch die Präsidentschaft behalten und Herrera das Portefeuille des Krieges übernehmen.

### Der Ministerwechsel in England.

Wie aus London vom 4. d. amtlich gemeldet wird, hat die Königin das Entlassungsgesuch Gladstone's genehmigt. Die Stellung des Premierministers wurde von Rosebery angeboten, welcher dieselbe bereits angenommen hat. Der „Observer“ erklärt, Lord Rosebery nehme den Posten des Ministerpräsidenten nur widerstrebend an; er würde vorgezogen haben, das Portefeuille des Auswärtigen zu behalten und gebe nur den von allen Seiten an ihm gerichteten Witten nach, um eine schwere Krise von der liberalen Partei abzuwenden.

Rosebery dürfte bei Annahme der Premierminister-Würde das auswärtige Amt niederlegen, welches Spencer oder Kimberley übernehmen dürfte. Es gilt fast als sicher, daß Morley den Posten als Staatssekretär von Irland niederlegen und einen höheren Posten im Kabinett, eventuell den Posten des Staatssekretärs für Indien erhalten wird.

Die „St. James Gazette“ glaubt, der Kidrirt Gladstone's bedeute den Zerfall der unter dem Namen Gladstone'sche Partei vereinigten Gruppen. Es werde Lord Rosebery schwer fallen, ein Einigungsband zu finden. — Die „Ball Mall Gazette“ fragt, was aus Homeville werde, wenn Gladstone fort sei; nur Gladstone und Morley seien wirklich von der Nothwendigkeit von Homeville überzeugt; die anderen Mitglieder hätten sich nur zur Unterfertigung der Homeville-Verträge verpflichtet, ohne von deren Nothwendigkeit überzeugt zu sein. Es erwidere als wahrscheinlich, daß Homeville entlassen fallen gelassen werde. Die Situation sei seit Monaten eine unmögliche, die Nachfolger Gladstone's könnten den Folgen derselben nicht entgegen. — „Globe“ meint, Lord Rosebery könne den Posten eines Premierministers kaum übernehmen, ohne sich der Mitwirkung Harcourt's, dessen Abfall die baldige Auflösung des Parlaments herbeiführen würde, zu vergewissern. — Die „Westminster Gazette“ beklagt die feindselige Haltung eines Theiles der radikalen Partei gegen Rosebery und empfiehlt auf das Wärmste, daß sämtliche Gruppen der liberalen Partei einmüthig zusammenstehen, da sonst die Partei zerfallen werde.

Die Situation ist nicht so ernst, welche im Schloß in Windsor von Freitag auf Sonntage abgehandelt wurden, begibt sich Sonntage nachmittag mittels Sonderzuges nach Kenilworth. In ihrer Begleitung befinden sich drei Mitglieder der Privatsekretär der Königin, Bonfouy, letzterer führt sofort nach der Wohnung Lord Rosebery's. Gladstone wurde sowohl bei der Abfahrt von Windsor wie bei der Ankunft in London von einer zahlreichen Volksmenge entusiastisch begrüßt.

Gladstone hat viermal an der Spitze der englischen Regierung gestanden. Sein erstes Ministerium bildete er 1868 nach dem Sturze von Disraeli, sein zweites 1879, sein drittes Ministerium 1886 und sein viertes 1892. Gladstone hat lediglich durch seine persönlichen Fähigkeiten die politische Bedeutung erlangt, welche ihm auch seine Gegner nicht absprechen können. Als Sohn eines Kaufmanns geboren, wurde er schon im Alter von 25 Jahren in das Unterhaus gewählt, wurde hier bald unter dem Ministerium Peel zum jüngeren Lord des Schatzes und bereits 1841 unter dem zweiten Ministerium Peel's Vicepräsident des Handelsamts.

### Die Aera Crispi in Italien.

Das Ministerium Crispi hat in der Kammer einen so durchschlagenden Erfolg gehabt, daß man ohne Ueberzeugung glauben kann, der Wille Crispi's werde für den Gang der italienischen Politik zunächst entscheidend sein, insbesonderen werde er das zur Heilung der jetzigen sozialen und finanziellen Leiden Italiens notwendige Programm durchzuführen, fuz — eine neue Aera Crispi habe in Italien begonnen. Ueber die neuesten Vorgänge in der Deputirtenkammer liegen uns folgende telegraphische Mitteilungen vor:

**Rom, 3. März.** Nachdem mehrere Redner in der Kammer die von ihnen vorgelegenen Lagebedingungen begründet hatten, erklärte der Ministerpräsident Crispi unter großer Aufmerksamkeit des Hauses, er werde kurz und offen erwidern und nicht auf die im Laufe der Debatte gefallenen bitteren Worte zurückkommen, ebenso wenig auf die unpassenden geschichtlichen Erinnerungen einzelner Redner, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Dazugegen gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium ausfallend erwidert begangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Schwaben verweigert wie 1848 nicht vorkommen. Es liegt ihm fern, die Autorität des Parlamentes schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das einzige halte, welches das Wohl und Gelingen Italiens verürgen könne. Er erwartete das Wort der Kammer. Falls dasselbe günstige ausfallen sollte, würde er sich besten freuen. Ein entgegengekehrtes Resultat er, was er zu thun habe. Crispi hob ferner hervor, er habe es als 200 Bewohnern in der Provinz Massa Carrara erhoben und in 20 Gemeinden Siciliens die Revolution proklamirt wurde, für seine Pflicht gehalten, Vorzüge dafür zu treffen, daß die Ereignisse nicht größere Dimensionen annehmen. (Vehäfter Beifall.) Auch das des Umstandes, daß die Zahl der den Handel angehenden Mitglieder nahezu 300,000 betrug, hätten die Streitkräfte Siciliens, welche nach Verwüstung der auszubehenden Altersklassen kaum 14,000 Mann erreicht hätten, nicht ausgereicht, um die Anstrengungen zu unterstützen; die Verbindung des Westens mit Italien sei daher die einzige wahrhafte Fortschritt in Palermo erreicht zu erhalten, das Vordringen der Rebellen aus den benachbarten Gemeinden nach Palermo zu verhindern, sowie Verwüstung in der Bevölkerung hervorzubringen



**G. Schwarzenberger,**  
Halle a. S., Poststrasse 9/10.

**Special-Geschäft für Seidenstoffe.**  
Billigste Preise — Grösste Auswahl.  
Mustersendungen bereitwillig.



**Deutsche Schokoladen,  
Halleenser Kakao,  
Schokoladenfabrik von Fr. David Söhne.**

Jahres-Produktion 100,000 Kilo.

Verkaufsstellen: Markt 19, Geisstrasse 1, Wuchererstrasse 35.

**Vertrauliche Auskünfte**  
über Credit-, Privat-, Geschäfts-, Familien- und Vermögens-Verhältnisse auf alle Plätze der Welt ertheilen gewissenhaft und diskret  
**Beyrich & Greve,**  
Ankassibank, Halle a. S., Leipz.-Str. 101.

**Klagen,**  
Zahlungsbefehle, Gesuche, Verträge, Reclamationen etc. werden billig angeh. Nachm. 2-6 Uhr  
Poststrasse 18, II. r.

**Wasser-Arbeiten**  
und Oelfarben-Aufträge jeder Art (Kupferarbeiten mit eigener Dampfkraft) liefert bestens und billig  
**Ehrhardt, Water,**  
Frauenstrasse 23.

**Älteste bestorganisirte Annoncen-Expedition**  
**Haafenstein & Vogler**  
Actien-Gesellschaft,  
Halle a. S., Schmeerstrasse 20<sup>1</sup>

beforgt billig, zuverlässig und reell Annoncen jeder Art für hiesige und auswärtige Zeitungen, sie giebt auf die Original-Carife der Zeitungen die höchsten Rabatte und ist unparteiisch bei der Auswahl der Zeitungen und Zeitschriften.

Jeder Inserent handelt in eigenem Interesse, wenn er vor Ertheilung seiner Aufträge erst von Haafenstein & Vogler A. S. Kostenvoranschläge verlangt. Geldquadvolle Gutwürfe auf Wunsch. 40jähr. Erfahrung verbürgt die richtigste Auskunft, wie und wo man erfolgreich inserirt.

Die am 1. April er. fälligen Coupons unserer Pfandbriefe werden bereits vom 15. März er. ab an unserer Kasse in Berlin und den bekannten Zahlstellen eingelöst.  
**Pomm. Hypotheken-Actien-Bank.**

**Poliklinik für Frauenkrankheiten 12-1**  
Leipzigerstr. 8, I.  
Dr. med. **J. Geist.**

**Heilgymnastik**  
\* Massage \*  
\* Orthopädie \*  
**Dr. Randohr's**  
Medico-mechanisches Zander Institut  
LEIPZIG  
Bahnhofstrasse 3.  
Prospecte auf Verlangen zu Diensten.

**Schon nächsten Donnerstag Ziehung**  
der Kinderheilskräfte-Lotterie in Meiningen.  
5000 Gewinne, darunter 1 t. W. v. 50000 Mark.  
1 a 10000 M., 1 a 5000 M., 1 a 3000 M., 1 a 2000 M., u. i. w.  
**Loose à 1 Mk.** sind zu haben bei **J. Bares & Co.**  
Str. Nr. 11, Nr. 3, Steinbrecher & Jasper, C. H. Spierling und den übrigen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

**Leipziger Bank.**  
Die von der Generalversammlung auf 6% festgesetzte Dividende für das 55. Rechnungsjahr wird gegen Einlieferung des Dividendenbogens **Nr. 55** (für die Aktie von Mk. 750) mit **Mk. 45** und **Nr. 2** (für die Aktie von Mk. 1000) mit **Mk. 60** von heute ab außer an anderer Stelle, auch an der Stelle des **Halleschen Bank-Vereins von Kulisch, Kaempf & Co.** ausbezahlt.  
Leipzig, den 5. März 1894.

**Leipziger Bank.**  
**Grosse Lotterie**  
zum Besten der unter dem Schutze Ihrer Königl. Hoheit der Frau Erbprinzeßin von Sachsen-Meiningen, Prinzessin von Preussen lebenden **Kinderheilskräfte zu Salungen.**  
Gewinne im Werthe von **50000, 10000, 5000, 3000, 2000, 1000 Mk. u. i. w.**  
Ziehung der ersten Serie am 8., 9. u. 10. März er.  
Preis pro Loos 1 Mark.  
Vorrätig in **Otto Heidel's Sortiment, Markt 24.**

**Münchener prakt. Brauerschule.**  
Beginn des Sommerkurses am 15. April.  
Verwöhnliche Mese-Reinzuhtkurse  
Eintritt für Praktikanten in unsere Brauerei u. Malzerei  
Statuten versendet die Direktion: **Karl Michel.**

**Verein für Familien- und Volkserziehung**  
zu Leipzig, gegründet 1871.  
1. Seminar für Familien- und Volkserzieherinnen.  
2. Gymn. für Damen. (Wissenschaftliche Lehrkurse.)  
Besuch im Vereinshaus, Weststr. 16.  
Anmeldungen sind an die Vorsitzende des Vereins **Frau Dr. Goldschmidt,** Semförstr. 10, zu richten.

**Möbel- Magazin**  
von **M. Resch,**  
Leipzigerstr. 2,  
empfehlen sein reichhaltiges Lager von **Möbel- waaren jeder Art.**  
Solide Preise. Gout. Befriedigende Garantie.  
Sonne Einrichtung.  
Stühle, Kammern und Küche für **250 Mk.**

**Silber & Schroder**  
HANNOVER  
SPECIALGESCHÄFT  
FÜR  
SCHORNSTEINBAU  
NEUBAUTEN  
unter Garantie für alle Betriebe.  
ERHÖHUNGEN  
in und ausser Betrieb.  
REPARATUREN  
als  
Verankerungen, Geraderichten, etc.  
BLITZABLEITER-ANLAGEN.  
Beste Empfehlungen erster Firmen.

**A. Riebeck'sche Brikets,**  
von **Ober- rößlingen, M & W** in **Stedten oder Lackenan,**  
als beste Brikets allseitig anerkannt, von **grosser Heizkraft** und rein ausbrennend,  
daher **wenig Asche** gebend,  
liefern jedes Quantum ab Lager und frei Haus,  
Waggon-Ladungen ab Werken nach allen Stationen;  
auch empfehlen u. liefern in gleicher Weise:  
**Böhmische Kohlen**  
beste Duxer Marken,  
**Grude-Koks,**  
**Nass-Press-Steine,**  
prima Waare,  
**Holzkohlen und Holz,**  
Mätzlicher Weg 1. Halle a. S. Mätzlicher Weg 1.  
gest. 1874. **Ed. Lincke & Ströfer.** gest. 1874.  
Telephon No. 93 u. 143.  
Bestellungs-Annahme bei **Gustav Moritz,**  
Gr. Steinstrasse 71.

**Gardinen-Reste**  
und einzelne **abgepasste Fenster**  
empfehlen  
zu ermässigten Preisen  
**H. C. Weddy-Pönicke.**

**Knaben- Anzüge, -Paletots, -Pyjacs, -Joppen und -Mützen**  
in allen Größen und Breitenlagen, empfehlen in sehr großer Auswahl.  
— 2 Anfertigung nach Maß. —  
**Geschn. Jüdel**  
Bazar für Kinderkleidung,  
Leipzigerstrasse 101.

**Thonröhren** bester Qualität halten in allen Grössen und Façonstücken auf Lager und empfehlen zu Fabrikpreisen, bei grösseren Entnahmen mit entsprechendem Rabatt.  
**Klinkhardt & Schreiber,** Bauhof, Formspracher 203.

**Neue u. gebrauchte Möbel**  
aller Art kauft und zahlt die höchsten Preise  
**Friedrich Peileke,**  
Geisstrasse 25.

**Saden- u. Comtoir-Einrichtungen**  
kauft stets und zahlt die höchsten Preise  
**Friedrich Peileke,**  
Geisstrasse 25.

**Möbel, neu u. gebraucht,**  
aller Art, kauft man am billigsten  
**Leipzigerstr. 91, „Kathe's Hof“.**

**Waffen!**  
Alle Gewehre, Helme, Pistolen, Säbel, Dolche etc. etc. leicht zu kaufen und zahlt hohe Preise dafür  
**C. Hübenenthal,** Büchsenmacher,  
Leipzigerstr. 86, Ecke Gr. Braubaustr.

**Ein Aufschwagen,**  
einpännig zu fahren, nur wenig gebraucht, ist zu verkaufen  
Königsstrasse 71.

**Gartenlaube, gut erb., zu kaufen**  
sucht **Wandfelderstrasse 12, I. r.**

Die Expeditionen der Halle-Zeitung  
in Berlin, **Neue Promenade 1** und **Macht 24** (Wangefeld).